

Bei 244824 Fr. Umsatz sind 7772 Fr. kein großer Nettogewinn und kein Schuhhändler, kein Schuhfabrikant würde sich damit zufrieden geben, sondern die rührendsten Klagen über die „schlechten Zeiten“, über „Verdienstofflosigkeit“ und wie alle die bekannten Jeremiaden noch lauten, erheben und mit Preisdrückereien gegenüber den Schuhfabrikanten bzw. Lohnreduktionen gegenüber den Fabrikumschmachern beginnen. Der Allgemeine Konsumverein wafel dagegen klagt nicht und seine Mitglieder sind mit einer Konsumtionsdividende von 8 1/2 Prozent sehr zufrieden. Man ersieht daraus, um wie viel besser selbst in der heutigen kapitalistischen Wirtschaftslage die Arbeits- und Lohnverhältnisse sein könnten, wenn die Unternehmer nicht die von unerfährlicher Profitgier und Habgier diktierte maßlose Ausbeutung der Arbeiter betreiben könnten. Man ersieht daraus aber auch ferner, mit welchem Rechte, wie es in Bismarcks jüngst wieder gesprochen, die kapitalistischen Ausbeuter die „sozialdemokratischen Konsumvereine“ gegen die Bestrebungen der organisierten Arbeiter auszuspielen können.

Die meisten Kollegen in der Schuhreparaturwerkstätte des Basler Konsumvereins sind Mitglieder der dortigen Schuhmachergewerkschaft, wogegen selbstverständlich kein Mensch etwas einzuwenden hat. D. Z.

Aus unserm Beruf.

- **Wien.** Bei der Firma J. L. in g sind mit den Fußern Lohnunterschieden ausgebrochen. Zugang ist daher streng fernzuhalten.
- **Eppendorf i. S.** Wir bitten den Zugang von Zweidern fernzuhalten.
- **Reichheimolanden.** Die Zwider der Firma Gohlitz & Wallgenbach sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Wir bitten den Zugang nach hier fernzuhalten.
- **Wien.** Die hiesige Lohnbewegung ist durch die Vermittlung des Kollegen Kölle zugunsten der Kollegen beendet.
- **Die „Christlichen“ und die Bismarckers Auslieferung.** Der Berliner „Arbeiter“ der „Christlichen“ bringt es fertig, den Gewerkschaften an die Nase zu fangen, daß durch die Auslieferung mehrere Fabrikanten zugrunde gerichtet worden sind. Der „Christliche“ Mann, der das geschrieben, selbst offenbar an Bekirmerweidung. Diesen Unfuss haben nicht einmal die Schuhfabrikanten und ihre Presse verurteilt, trotzdem sie sich alle Mühe geben, die Auslieferung in einen Streit umzuwickeln. Es hat denn auch ein ephraimisches Christliches Arbeiterblatt, der „Metallarbeiter“ der Berliner Unzufriedenheiten, indem er dazu bemerkt: „Über hatten dort etwa die Arbeiter die Auslieferung verurteilt? Bis jetzt sind wir überhaupt darüber in Zweifel, ob der „Arbeiter“ mehr die Interessen der Arbeitgeber, oder der Arbeiter vertreten will.“

Konferenzen

der Vorstände der Zentralverbände.

Der vierte Gewerkschaftskongress stimmte ohne Debatte einem Vorschlage des Vorsitzenden zu, nach welchem die Generalversammlung erwägen solle, ob es nicht zweckmäßiger ist, jedes Jahr einmal den Zentralverbänden Gelegenheit zu geben, in gemeinsamen Konferenzen zusammenzutreten, um die verschiedenen aufstehenden Fragen zu erledigen.

Die Generalkommission folgte diesem Vorschlage und bris die erste beratende Konferenz nach Berlin für den 12. und 13. Oktober. An der Konferenz nahm dem Vorschlage der Generalkommission gemäß je ein Vertreter des Zentralverbandes jedes Zentralverbandes teil. Mit Ausnahme des Verbandes der Buchdrucker (siehe Fortsetzung), der Postwärter und der Dachdecker waren sämtliche Zentralverbände — samt ausschließlich durch den Vorsitzenden des Zentralverbandes — vertreten.

Die Konferenz beschäftigte sich zunächst mit der Frage, welche Organisation die Streitunterstützung für diejenigen Arbeiter zählen solle, die nur in geringer Zahl in einem Betriebe beschäftigt sind und durch Beschluß der für den Betrieb maßgebenden Organisation mit der Arbeitseinstellung veranlaßt werden. Es wurde folgender Beschluß diesbezüglich gefaßt:

„Für die Genehmigung, Angliederung und Leitung eines Streikts kommt, sofern nicht Bestimmungen für andere Organisationen daraus entstehen, nur die für das betreffende Gewerbe bestehende Berufsorganisation in Betracht, und hat diese auch die Unterstützung der Streikenden, mit Ausnahme der Mitglieder anderer Organisationen, zu übernehmen. Letztere erhalten ihre Unterstützung von demjenigen Verbands, dem sie als Mitglied angehören.“

Wenn in einem Betriebe Angehörige verschiedener Berufe, z. B. Metallarbeiter, Maurer, Zimmerer, beschäftigt sind, dann dürfen die einzelnen Arbeiter nur in diejenige Organisation aufgenommen werden, welche für ihren Beruf besteht.

An einzelnen Betrieben in solchen Betrieben haben sich die sogenannten betriebsfremden Arbeiter (z. B. Maurer in einem Eisenwerk) nur dann zu beteiligen, wenn zwischen den Zentralverbänden der in Betracht kommenden Organisationen ein gemeinsamer Streit vereinbart ist. Auch in diesen Fällen unterliegt jede Organisation ihren eigenen Mitgliedern. Letzteres soll auch der Fall sein, wenn die Mitglieder einer Organisation durch den Streik einer anderen Organisation in Mitleidenschaft gezogen werden.“

Bei Erörterung dieser Frage kam auch der Uebertritt von Mitgliedern aus einer Organisation in die andere bei eintretendem Berufswechsel zur Sprache. Da nach dieser Richtung hin ein Beschluß des dritten Gewerkschaftskongresses vorliegt, so konnte es sich für die Konferenz nur darum handeln, dem nächsten Gewerkschaftskongress Anregung für eine Änderung dieses Beschlusses zu geben. Letzterer, von dem Gewerkschaftskongress von 1899 angenommen, lautet:

„Scheidet das Mitglied einer Gewerkschaftsorganisation aus seinem Berufe aus, so kann es Mitglied seiner ersten Organisation bleiben. Von der Organisation des neuen Berufs darf kein Zwang auf ein solches Mitglied ausgeübt werden, das es sich dieser Organisation anschließen soll. Dagegen hat jedes Mitglied einer gewerkschaftlichen Organisation sich bei Kampfen zwecks Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen derjenigen Organisation, in deren Beruf es arbeitet, unterzuordnen.“

Es lagen der Konferenz Vorschläge vor, nach welchen die Mitglieder der Berufsämter der Organisation ihres neuen Berufes beitreten sollen, es sei denn, ihre Beschäftigung im neuen Berufe gilt nur als eine vorübergehende. Ferner wurden noch Bestimmungen bezüglich des Uebertritts aus einer Organisation in die andere in Vorschlag gebracht. Nach eingehender Diskussion, in welcher auch die Abgrenzung der Agitationsgebiete für die einzelnen Organisationen eine große Rolle spielte, lehnte die Konferenz auch nach dieser Richtung gemachten Vorschläge ab, weil sich eine allgemeine Regelung dieser Fragen kaum herbeiführen läßt und bis auf weiteres den einzelnen Organisationen untereinander die Regelung vorbehalten bleiben muß.

Sobann erörterte die Konferenz außerdem die bei Streiks und Ausperrungen anzuwendende Taktik und empfahl, daß bei Kämpfen die für den ausschlaggebendsten Zweck erforderlichen Maßnahmen der Beginn des Kampfes nicht unmittelbar betrieblig sind, eine vorübergehende Verhandlung mit den Organisationsleiter dieser Berufe herbeizuführen werden soll.

Gewerkschaftliche und amtlische Statistik lautet der zweite Punkt der Tagesordnung der Konferenz. Es wurde hierbei vereinbart, daß Material über die Gewerkschaften im allgemeinen nur durch Vermittlung der Generalkommission an die Behörden gelangen soll, welche solches Material wünschen.

Dann wurde die Generalkommission beauftragt, dahin zu wirken, daß die amtlische Statistik für die Gewerkschaften in der Weise eingerichtet werde, daß die Gewerkschaften die Mitarbeit an dieser Statistik ermöglicht ist. D. h. es soll bei der Regierung beantragt werden, die Fragen kriminalrechtlicher Natur in der amtlischen Statistik fortzulassen zu lassen. Wenn dieses Verlangen erfüllt wird, so könnte die gewerkschaftliche Statistik wesentlich vereinfacht werden.

Die letzte Vorber, ohne Rücksicht darauf, ob dem Wunsche der Gewerkschaften seitens der maßgebenden Stellen Folge gegeben wird, insofern eine Erweiterung erfahren, daß nicht nur über die Streiks, sondern auch über die Lohnbewegungen, welche ohne Arbeitseinstellung ihre Erledigung finden, alljährlich berichtet wird.

Die für die gewerkschaftliche Streit- und Gewerkschaftsstatistik notwendigen Materialien wurden einer kritischen Besprechung unterzogen und Anregungen für Verbesserungen und Vereinfachung gegeben.

Der Internationalen Vereinbarung, welche die Konferenz der gewerkschaftlichen Landesverbände im Juli 1908 in Dublin getroffen hatte, wurde die Zustimmung gegeben. Einem Mißstande, der auf internationalem Gebiet infiziert besteht, daß den Mitgliedern deutscher Gewerkschaften bei Auswanderung nach Amerika, Australien und England der Eintritt in die Organisationen dieser Länder sehr erschwert wird, soll dadurch abgeholfen werden, daß alle Verbände die Bruderorganisationen in den genannten Ländern zum Abschluß von Kartellverträgen betreffend Uebertritt der Mitglieder veranlassen.

Bzüglich der Waise wurde von der Konferenz dem Wunsche Ausdruck gegeben, die entscheidende Stelle (der internationalen Arbeiterkongress) möge dafür sorgen, daß die Feier in allen Ländern einseitlich werde, damit nicht den Arbeitern des einen Landes Kosten auferlegt werden, die sich aus der Durchführung des Beschlusses von 1889 ergeben, während andere Länder sich diesem Beschlusse gegenüber passiv verhalten. Möge sich die Einseitigkeit nicht herbeiführen, so müsse der Beschluß von 1889 abgeändert oder aufgehoben werden.

Der Heimarbeiterskongress soll, so beschloß die Konferenz, Anfang Februar 1904 stattfinden. Als Tagesordnung wurde in Aussicht genommen: 1. Die soziale Lage der Heimarbeiter und Heimarbeiterrinnen und die Notwendigkeit ihres gesetzlichen Schutzes. 2. Die gesundheitlichen Gefahren der Hausindustrie für das konsumierende Publikum. Es soll ferner darauf hingewirkt werden, daß seitens der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage in der nächsten Session ein Heimarbeiterschutzgesetzentwurf eingebracht wird. Der Kongress soll in Berlin stattfinden, um dem Reichstagsabgeordneten und den Regierungsvertretern Gelegenheit zu geben, die Wünsche der Heimarbeiter unmittelbar kennen zu lernen.

Die Konferenz nahm sodann noch einige aus dem Kreise der Teilnehmer gegebene Anregungen entgegen, bezüglich der von den Korrespondenzbüros versandten Literaturbeiträge, der Unterstützung der Leiharbeiter in Grummilchau, Einrichtung eines gemeinsamen Ueberleistungsbüros usw. Der Vorsitzende der Konferenz konnte am Schluß der Verhandlungen konstatieren, daß in der Konferenz ein geschlossenes Zusammenwirken der Zentralverbände zutage getreten ist, das ermutigen läßt, es werden auch die noch schwachen und durch Beschlüsse nicht zu beteiligenden Dispersionspunkte aus dem Gewerkschaftsleben Deutschlands bald völlig verschwinden.

Fiat justitia et pereat mundus

Gerechtigkeit muß sein und sollte die Welt darüber zugrunde gehen.“ Welcher Proletarier, der der Rechtsprechung der letzten Jahre seine Aufmerksamkeit gewidmet hat, glaubt heute noch an diesen Spruch. Unsere Justiz fällt gegen Arbeiter wegen verhältnismäßig geringfügiger Vergehen Urteile, die einem fühlenden Menschen das Blut in den Adern erstarren machen, während für gleiche oder schlimmere Vergehen der Angehörigen der herrschenden Klassen die denkbar mildeste Anwendung des Gesetzes stattfindet. Der Glaube an die Gerechtigkeit ist dadurch in der Arbeiterwelt total erschüttert. Würde heute ein Oberpräsident Binde den Stuhl des gemeinen Mannes anziehen, um im Lande einzuwandern, um sich zu informieren, er würde Urteile über die Justiz hören, die ihm die Schamröte ficher ins Gesicht treiben würden.

Auch das nachstehende Urteil des Erfurter Schöffengerichts deckt sich wohl nicht mit dem Rechtsempfinden in der Arbeiterwelt. Auf eine Vermutung des Schuhfabrikanten Metzger, daß ein Arbeiter Sch. ihn angeheult, daß er einen Lehrling über die gesetzliche Zeit beschäftigt, weshalb der Werkführer mit Strafe belegt wurde, entließ er diesen mit dessen Ehefrau unter der Begründung, in Gegenwart von 30 Arbeitern. Solche Denunzianten kann ich nicht beschäftigen.“ Unvorsätzlich ist hier die Beziehung „Denunziant“ und die Art wie dieselbe angebracht wurde, unserer Auffassung nach in verächtlichem Sinne gemeint und der Freispruch unbegründet. Wir übergehen, obwohl es sehr nahe liegt, die moralische Seite des Prozesses und lassen hier nur das Urteil folgen, gegen welches der Kläger Berufung einlegen will.

Der Privatkläger hat die Befragung des Angeklagten wegen Beschuldigung beantragt. Dem Angeklagten ist zur daß gelang am 29. Mai 1908 in Arbeitsstunde seiner Fabrik in Bezug auf den Privatkläger geäußert zu haben: Denunzianten kann ich nicht brauchen in meiner Fabrik, die entlasse ich. Ich sage es noch einmal laut, daß ihr alle es hören könnt, die Schröders sind Denunzianten.“

Durch das teilweise Zugeständnis des Angeklagten und durch die ebliche Aussage der Ehefrau des Privatklägers ist folgendes erwiesen:

Der Privatkläger und dessen Ehefrau waren in der Schuhfabrik des Angeklagten beschäftigt. In dieser Fabrik wurde eines Tages ein Lehrling länger beschäftigt, als gesetzlich vorgeschrieben ist. Es wurde von Arbeitern aus der Fabrik Anzeige bei der Polizei erstattet. Der betriebliche Werkführer, welcher den Lehrling beschäftigt hatte, wurde vollständig bestraft. Der Angeklagte glaubt, daß der Privatkläger sich an der Denunziation beteiligt hat. Er entließ zunächst den Privatkläger. Am 29. Mai 1908 trat er in dem Fabrikhause, in welchem ca. 20 Arbeiter beschäftigt waren, die Ehefrau des Privatklägers herbei und äußerte zu ihr: „Sie können in 14 Tagen aufhören. Wollen Sie auch wissen weshalb? Weil ihr Mann wieder den Versuch gemacht hat, mich anzuheulen. Solche Denunzianten kann ich nicht beschäftigen.“

Diese Äußerung ist geeignet, die Ehre des Privatklägers zu verletzen. Ein Denunziant wird, wie der Angeklagte weiß, verachtet.

Den Beweis der Wahrheit hat der Angeklagte nicht angetreten. Er hat geltend gemacht, daß er zur Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Aus dem Inhalt der Äußerung ergibt sich, daß der Angeklagte eine Kündigung an eine Arbeiterin habe rechtfertigen wollen. Dazu ist er als Arbeit-

geber berechtigt und verpflichtet. Die Kündigung erfolgte im Interesse des Betriebsbetriebs des Angeklagten. Die Weigerung gehörte zu der Kündigung nicht hinzu. Der Angeklagte handelte jedoch zur Wahrnehmung berechtigter Interessen. Die Form der Äußerung ergibt nicht, daß der Angeklagte den Privatkläger hat beleidigen wollen. Das Wort „Denunziant“ ist laßgemäß. Eine beleidigende Äußerung würde sich daraus herleiten lassen, wenn der Angeklagte, wie in der Anlage angegeben ist, seinen gerufen hat. Ich sage es noch einmal laut, daß ihr alle es hört, die Schröders sind Denunzianten.“ Dies hat er aber nicht gesagt, nur die oben erwähnten Worte sind gefallen. Der Ort war nicht öffentlich, sondern geschlossen. Der Redakteur konnte und dem Schuhmacher Schupp, welche in dem Saale bei der Kündigung zugegen waren, ist nicht aufzufallen, daß der Angeklagte die Kündigung in einer unpassenden Art vor den übrigen Arbeiterrinnen vorgenommen hat, um die Schröders zu kränken. Treppichschand nach seiner eblischen Aussage dem Angeklagten und der Frau Schröder am nächsten. Er wußt nicht mehr, welche Worte der Angeklagte geäußert hat. Daraus ist zu schließen, daß die Worte nicht darauf berechnet waren, einen besonderen Eindruck auf die übrigen Arbeiter auszuüben. Fabrikarbeiter sind auch nicht so feinsinnig, daß sie eine Kündigung seitens des Arbeitgebers in Gegenwart ihrer Mitarbeiter als eine Ehrverletzung empfinden. Hiernach ist laßlich festzustellen.

daß der Angeklagte am 29. Mai 1908 zu Erfurt in Beziehung auf den Privatkläger eine nicht ernstlich maßre Lausache behauptet hat, welche denselben verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabwürdigend geeignet ist; Vergegen gegen § 138 Str.-G.-B.; es ist ferner festzustellen.

daß er diese Behauptung zur Wahrnehmung berechtigter Interessen getan hat.

Eine strafbare Beleidigung liegt demnach nicht vor. Auf Grund des § 138 Str.-G.-B. mußte der Angeklagte freigesprochen werden.

Die Kosten hat nach § 508 Str.-Pr.-Ord. der Privatkläger zu tragen.

Christliche und katholische Gewerkschaften.

Im Juni vorigen Jahres fand in Lrier eine Versammlung von 120 katholischen Christlichen unter Beteiligung des Bischofs von Lrier, Dr. Korum, statt, die ein Ausschreiben an den katholischen Klerus erließ zur Gründung spezifisch katholischer Gewerkschaften. (Siehe „Vorwärts“ Nr. 171 1902). Es handelte sich um eine Gründung zur Verdrängung der sogenannten christlichen Gewerkschaften, worin Katholiken in 20 Präfekturen aufgenommen werden können und worin die katholische Beschäftigten nicht in dem von ihr gewünschten Maß gebietet. Die Agitation ist seit damals von Berlin aus eifrig gefördert worden. In der Zeitung sind Kaplan Franzel, Dr. Fischer und Dr. v. Savigny. Außerdem hat sich die Bewegung noch in Oberhessen hervorzuheben gemacht. Die Berliner Herren haben kürzlich einen Einfall in die sächsische Rheinprovinz unternommen und in St. Johann und in Koblenz mehrlägige „soziale Kurie“ abgehalten, worin sie für ihre Sache wirken wollten. Die Führer der christlichen Gewerkschaften bekamen aber Wind von der Sache; und so reisten von dem „christlich-nationalen Arbeiterkongress“ fünf Mann nach Koblenz, um sich an dem Kuris zu beteiligen. Es kam dort zu sehr heftigen Auseinandersetzungen.

In einer von mehreren Hundert Personen besuchten Versammlung in Köln nahmen auch die dortigen christlichen Gewerkschaften Stellung gegen die katholische Gewerkschaften. Der Hauptvorsitzende des christlichen Sozialarbeiterverbandes, Karchfeld, führte u. a. aus: Dr. Fischer habe in Koblenz ausgeführt: Die Lohnfrage ist eine Rechtsfrage, und es ist nicht erlaubt, den Lohn durch Streik zu beeinflussen; es sei ein Schiedsgericht zur Regelung der Lohnfrage mit rechtsverbindlicher Kraft einzusetzen, das zu entscheiden habe, ob ein Lohn gerecht sei oder nicht. Man habe darauf Herrn Fischer gefragt: Wenn eine Arbeitergesellschaft 80 Prozent Gewinn mache, ob dann ein Lohn von 3,50, 5 oder 6 Mt. „gerecht“ sei. Auf diese Mißfrage sagte der Herr die Antwort schuldig geblieben, und schließlich habe man das christliche Führer (die übrigens främme Katholiken sind) das Wort abgehört. Herr Karchfeld befaßte sich mit dem christlichen Führer von der andern Meinung; sie trieben Unfug mit der christlichen Engherzigkeit von 1890 und mit dem Kaiserlichen Streikführer der deutschen Bischöfe; sie mißbrauchten die Arbeiter um die Arbeiter von den christlichen Gewerkschaften fern zu halten. Warum geht man nicht zu dem katholischen Verband der Unterehmerverbände und Kräfte, um dem diese konfessionell in katholische und protestantische Unterehmer zu trennen; warum komme man nur zu den Arbeitern? So dumm seien die Arbeiter nicht mehr, daß sie sich sagen ließen: was für die Unterehmer recht ist, ist für die Arbeiter unrecht. Die Berliner Bestirmer der katholischen Gewerkschaften wollten den christlichen Gewerkschaften einen Streik drehen; ihre Bestrebungen seien geeignet, die so schon wachsende (?) christliche Gewerkschaftsbewegung zu zerören, mindestens zu hemmen. Professor Hise habe es als ein Verbrechen bezeichnet, wenn man es versuche, die christlichen Arbeiter zu gesplittern. Der Redner führte weiter aus: Er vermisse in dem Statut der katholischen Gewerkschaften das wichtige Moment, daß die Arbeiter berechtigt seien, nötigenfalls bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Arbeitsniederlegung zu erzwingen. Die Berliner Herren wollten nur einen „vermittelnden Einfluß“. Bei dem von dem Redner mitgeteilten Streik der christlichen Eisenarbeiter, die bei 16 stündiger Arbeitszeit einen fünfjährigen Lohn hatten, habe der Ortsgeistliche, der Gewerbe-Inspektor, der Bürgermeister und das Bezirksamt vermittelt. Der Unternehmer habe aber gesagt: Ehe er nachgibt, schreie er sich lieber eine Kugel in den Kopf! Wo bleibe da der „vermittelnde Einfluß“? Mit dem vermittelnden Einfluß werde nichts erreicht, wenn die Arbeiter nicht in der Lage seien, eventuell die widerstrebenden Unternehmer durch das Wachmittel des Streiks zu zwingen, sich dem Recht zu beugen.

In der Diskussion sprach sich unter anderem der Zentrumsabgeordnete L. imborn gegen die katholischen Gewerkschaften aus. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Herrn Karchfeld an. Wie man sieht, sind die christlichen Gewerkschaften, die stets an den „Klassenkampf“ der „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ geknüpft haben, durch die harte Wirklichkeit selber dahin gebracht worden, den Klassenkampf gegenüber den Führern der katholischen Gewerkschaften zu predigen.

Geschäftsbericht der Agitations-Kommission für Württemberg.

Vom 1. Januar bis 9. November 1908.

Bevor wir zur eigentlichen Berichterstattung übergehen, können wir es uns nicht verlagern, die Berufsverhältnisse im Bezirk zu skizzieren. Obgleich in Württemberg das Handwerk durch die Industrie verdrängt wurde, besteht neben sehr großen Fabriken eine Anzahl kleinerer, deren Einrichtung die primitivste ist. Hunderte von Personen, allerdings zum Teil solche, die nebenbei Landwirtschaft betreiben, werden in diesen Betrieben unter der erbärmlichsten Entlohnung beschäftigt. In den meisten derselben wird leberware fabriziert, einzelne Befassen sich nur mit Herstellung von Schuhen oder es werden Schuhe verfertigt. Die hierbei hauptsächlich in Betracht kommenden Orte sind: Disingen, Gorb,

Meil der Stadt, Büttgen, Bachmann, Elmangen, Dalingen, Gillingen, Kaffen usw. Auch in Büdingen, Leonberg, Neulingen, Göttingen und anderen Orten ist ein großer Teil der in den Schutzbetrieben beschäftigten Arbeiter so glücklich, eine größere oder kleinere Scholle Erde für eigen zu nennen. In diesen Kreisen mußte die Kommission versuchen, Fühlung zu bekommen und mit der Agitation einzelen, ist doch die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß bei Differenzen zwischen der bestellten organisierten Kollegenenschaft und den Unternehmern jene Kreise die beliebigen Ausreicher stellen würden.

Aber was sind dies für Arbeiter? Anstatt in die Verjammungen zu kommen, liegen sie es vor mit ihrem Wohlstand auf dem Rücken nach Hause zu trollen, um dort noch allerlei landwirtschaftliche Arbeiten zu verrichten, und deshalb mal alle Mühe und Arbeit ohne den geringsten Erfolg. Den Leuten muß erst das Klaffenbewußtsein noch durch die Unternehmern beigebracht werden. Letztere wissen die Arbeiterorganisationen sehr gut zu werten und darum sehen sie alles daran, die Arbeiter davon fernzuhalten. Schmalzriedl in Leonberg, Wanner in Büdingen, Silber in Neulingen verbieten ihren Arbeitern direkt sich zu organisieren. Organisieren sie sich dennoch, so werden die „Hauptstreiter“ entlassen und die anderen, von Entlassen gepackt, bucken sich und geben sich wieder willenlos ihren „Brothern“ zu Diensten. Auch in anderen Betrieben wird, wenn auch indirekt, ein Druck auf die Organisierten ausgeübt. Allerdings sind unsere Kollegen teilweise auch selbst schuld, daß die Organisation von den Unternehmern nicht entsprechend respektiert wird. Anstatt jederzeit geschlossenen dazustehen, kümmern sie sich nur in Zeiten der Gefahr um den Verein, nur dann, wenn eine empfindliche Vornahme in Aussicht steht. Was Wunder, wenn mancher Beschäftigte unserer Lebenslage nicht vermindert, mancher Erfolg nicht erwirgen werden kann? Aus dieser Gleichgültigkeit erklärt sich auch, daß bisher kein großer agitatorischer Erfolg erzielt werden konnte. Immerhin ist wenigstens ein festes Sinauflommen unserer Organisation im Bezirk zu konstatieren.

Am 4. Quartal 1902 hatten wir 16 Zählstellen mit 1466 Mitglieder, am 2. Quartal 1903 mit 17 Zählstellen 1468. Leider wählten wir konstatieren, daß in Zählstellen der Schutzmetrople, die Organisation nicht, wie man erwarten dürfte, vorwärts, sondern rückwärts geht. Das hieraus auf die leitenden Kollegen eine gewisse Schuld trifft, können wir in einer dortigen Versammlung bekräftigen, denn anstatt den Arbeitern den großen Wert der Organisation zu zeigen, führte man den Einfluß derselben auf ein Minimum zurück. Besonders frapperend aber war für uns die Behauptung, daß die Schuld an dem Ausgang der Ausperrung der „Mangel an Ueberflus“ gewesen sei, während doch mangellos bekannt ist, daß die ungenügende Organisation der Zählstellen Kollegen, der Mangel an gesellschaftlicher Schulung dieses unglückliche Ende geradezu verberühren mußte. Wäre man in Zählstellen bemüht das Verfallene nachzuholen, es würde den Kollegen nur zur Ehre und zum Vorteil gereichen.

Die Agitation im Berichtsjahr war wiederum eine lebhaftige. Versammlungen, an denen die Kommission beteiligt war, fanden 29 statt. Als Referenten traten auf die Kollegen Igel, Überspäder, Ley, Kölle und Genosse Schürmann. Kollege Kölle referierte in Stuttgart, Zullingen, Heilbronn und Sontheim.

Der Kollege Igel hielt 148 Ausgänge und 102 Eingänge auf, Stungen der Kommission fanden 10 statt. Streiks hielten wir nicht zu verzeichnen, dagegen 3 Lohnbewegungen.

Bei Speyer-Stuttgart forderten die Zählstellen Erhöhung des Stundenlohnes, die Lederlöcher und Maschinenwider Erhöhung der Akkordlöhne, da die Ansprüche bezüglich der Ausführung der Arbeit sich beständig steigern. Nach mehrmaliger Unterhandlung des Arbeiterausführes mit dem Fabrikanten wurde die Sache zu einem für die Arbeiter erfolgreichen Abschluß gebracht. Teilweisen Erfolg hatten die Kollegen der Firma Say in Kaufen mit der Forderung, für Segeltuchhüte eine bessere Bezahlung platzgreifen zu lassen.

Das zwischen uns und den Unternehmern feinerer Interessengemeinschaft besteht, benötigte sich bei dieser Gelegenheit wieder von neuem. Um sich dafür zu rächen, daß man den organisierten Arbeitern Konzeptionen machen möchte, entlich Herr von Hoffmann den Jahrestag, obwohl Herr S. an der Verlesung teilnahm und die rührendste Öbenerer an der Tag legte.

In Ulm traten im Frühjahr die Schöharbeiter auf den Plan. Seit Jahresbeginn konnten wir nichts für die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage tun, und war diese die denkbar traurigste, so daß auch in Arbeitbetrieben das Verlangen der Gehilfen nach besserer Bezahlung als dortaus berechtigt anerkannt wurde. Durch glückliche Vereinbarung kam ein bis 1. April 1906 gültiger Tarif zustande, der zwar noch immer unzulänglich ist, aber doch einen erheblichen Fortschritt bedeutet, wenn man berücksichtigt, daß unsere Ulmer Kollegen nicht inslande gewesen wären, ihren Forderungen durch Arbeitsentziehung Nachdruck zu verleihen. Nach Beendigung der Bewegung kam es noch zu Streitigkeiten unter den Kollegen, die ein Eingreifen der Kommission notwendig machten. Waren diese auch relativ unbedeutend, so konnten sie doch den erzielten Erfolg in Frage stellen.

Die Schöharbeiter Stuttgarts mußten auch in diesem Jahre von der längst geplanten Lohnbewegung Abstand nehmen. Nicht allein der schlechte Geschäftszustand ließ dies geraten erscheinen, auch die hier zahlreich vorhandenen Schnellloherer sind ein Hindernis. Schlechte Bezahlung, übermäßig lange Arbeitszeit gehören mit zu den Einrückungen dieser „modernen“ Betriebe, in denen zwar höhere Verdienste erzielt werden als in den Fabrikbetrieben, aber die Arbeitszeit auch geradezu mittelalterlich genannt werden kann. Als „Fortschritt des Zeitgeistes“ werden die Schnellloherer von den Fabrikanten gepriesen. Nun, wir Arbeiter können mit jenem Pfarrer sagen: „Der Fortschritt hat der Zeit!“

In Gmünd forderten die Arbeiter der Firma Mayer die Herabsetzung der Arbeitszeit von 10 1/2 auf 10 Stunden. Am 6. November verhandelte Kollege Simon mit dem Fabrikanten. Das Resultat war, daß die Arbeitszeit um eine halbe Stunde gekürzt wird. Davon wird eine Viertelstunde weniger gearbeitet und die andere dadurch erzielt, daß im Winter die Frühstücks- und im Sommer die Vesperpause wegfällt.

Differenzen entstanden bei Hausen-Cannstatt infolge „Lohnregulierungen“. Den Festmachern wurden Wäglinge in solcher Höhe gemacht, daß der Verdienstaufschlag 4-6 Proz. pro Woche betrug. Auch den Apperunern und die Maschinenwider wurde Herabsetzung der Akkordlöhne in Aussicht gestellt, die aber unterblieb, während die ersten nach wiederholten Unterhandlungen des Arbeiterausführes mit dem Fabrikanten nur eine teilweise Zurücknahme der Lohnkürzung erzielten. Bei diesen Unterhandlungen zeigte Herr Wanner den profitnehmenden Unternehmer in seiner höchsten Gestalt. Auf den Hinweis der Arbeiter, mit solch geringen Löhnen könne man doch keine Familie ernähren, habe dieser nur die drüste Antwort: „Was geht mich das an, bleibt doch, laß!“ — Welcher Lohn, welche Wahrung und Kollege Herr W. diesen Worten! Um dem Unternehmer lediglich als Ausführenden zu dienen, sollen die Arbeiter ihr natürliches Recht, eine Familie zu gründen, aufgeben! Das dieser Herr noch Dhrseigen anbietet, beweist sicher dessen vornehme Stimmung, aber bedauerlich ist, daß unsere Kollegen sich so lange als Abgabeknecht für die Laune deselben benutzen lassen.

Auch in einigen kleineren Betrieben kam es infolge von Lohnregulierungen zu Differenzen, die aber durch die Gleichgültigkeit der in Betracht kommenden Personen im Sande verfielen. Besonders reformbedürftige Zustände waren in der „Süddeutschen Schuhfabrik“ in Leonberg und bei Götter in Göttingen zu konstatieren. Leider ist eine Verbesserung erst dann zu erwarten, wenn die in den umliegenden Ortschaften wohnenden Kollegen für die Organisation gewonnen sind. Trotzdem auch diese durch fortwährendes Warten auf Arbeit erheblichen Verdienstaufschlag er-

leiden müssen, sehen sie sich nicht veranlaßt, Solidarität gegenüber den Kollegen zu üben, die in der Stadt den teuren Lebensunterhalt zu bestreiten haben.

Sollen wir, daß im kommenden Jahr nicht nur die Konjunktur eine bessere wird, sondern auch unsere Organisationsverhältnisse. Wie aber die Erfahrung beweist, wird dies durch öffentliche Versammlungen allein nicht erreicht, vielmehr ist die stille aber unablässige Agitation aller Kollegen vonnöten. Wie sehr auch die Kommission sich Mühe geben mag, solange ein großer Teil derselben sich nur organisiert, um gewinnemachen eine Arbeiterpflicht zu erfüllen, bleibt der gewünschte Erfolg aus. Gerade dem Erwachen der guten Konjunktur dürfen wir nicht in tolerantlose Beschaulichkeit gegenüberstehen; wir müssen vielmehr darauf bedacht sein, auch für uns einen Teil des industriellen und gesellschaftlichen Uebertrages zu erobern.

Der Rasenbericht gestaltet sich folgendermaßen:

Einnahmen:	
Rassenbestand	22,95 RM.
Aus der Hauptkasse	200,-
Aus den Zählstellen	224,25
Summa	447,10 RM.
Ausgaben:	
Fahrtgeld und Diäten	155,95 RM.
für Sitzungen	15,50
Porto	9,26
Drucksachen	10,-
Interate	6,40
Schreibmaterialien	3,38
Summa	200,84 RM.
Enthädigung des Vorstehenden	150,-
Gesamtausgabe	350,84 RM.

An den Leistungen der Quartalsbeiträge, pro Mitglied und Quartal 10 Pfg., beteiligten sich die Mitgliederchaften wie folgt:

Ort	Beitrag	Ort	Beitrag
Bachmann	— RM.	Kaufen	5,- RM.
Cannstatt I	8,-	Sontheim	4,-
Cannstatt II	47,-	Stuttgart I	10,-
Göttingen	8,-	Stuttgart II	54,96
Gmünd	14,40	Spenninggen	—
Göttingen	4,70	Zullingen	—
Heilbronn	2,50	Ulm	11,90
Kornwestheim	89,-	Zuffenhausen	8,-
Leonberg	6,80		

Soziale Rundschau.

Franz Hoffmann-Gemüß. Ein treues Proletariat-herz hat aufgebracht zu schlagen und das Proletariat verteidigt in ihm einen unentwegten Kämpfer seiner Interessen. Von feiner Jugend an stellte er sich in den Dienst der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit und er war ein treuer Soldat in Freud und Leid mit seinen Kameraden. Die Gleichheit und Brüderlichkeit betätigte er durch sein ganzes Leben, denn jeder Hochmut blieb ihm fern. Diese edle Proletariatsnatur wußten die Wähler des 22. Wahlkreises in Sachen sehr zu würdigen und sie wählten ihn seit 1890 ununterbrochen in den Reichstag, der beste Beweis, welche Liebe und Verehrung er genoß. Unser Franz — anders sprach man selten von ihm in seinem Kreise — war allgemein beliebt durch sein leuchtendes Wesen. Sein Begräbnis gestaltete sich zu einer großartigen Trauerkundgebung, an der auch wir im Innern teilnahmen. Möge ihm die Erde leicht sein.

Mitteilungen.

Söldig. Der Streik in der Schuhfabrik von Schint u. A. 1. d. h. hat, nachdem sich die letzten organisierten Arbeiter mit den Fabrikanten salbarlich erklärt hatten, mit einem Streik der Arbeiter gebildet. Die Forderungen der Arbeiter wurden bewilligt bis auf die Entschädigung der Fournituren in der Handzucht, während diese bei der Maßnahme nicht frei sind. Anlässlich der Bewegung hatten die organisierten Arbeiter eine Verperrung im „Goldenen Kreuz“, zu welcher sich auch die unorganisierten Arbeitswilligen Anse, Brügger, ein Schwager des bekannten Werksführers Kellwagen, und noch mehrere dazugehörige Elemente eingeschlichen hatten. Sie wurden aber von uns hinausgeschoben, darauf lie in den anliegenden Saal gingen und an der Tür hockten. Als wir merkten, daß die traurigen Buschen horden wollten, liehen wir sie durch den Hausbesitzer hinauszuführen. Darüber waren nun diese Leute, die wahrheitsgemäß von Fabrikanten abgehandelt waren, sehr erbost, denn nun konnten sie doch nicht dem auf dem Markt wartenden Verkäufer der Firma, welcher, nebenbei bemerkt, ein sehr schmeichele Herr gegen die Arbeiter ist, die Ergebnisse unserer Besprechung heruntertragen. Dieser Herr hat ja allen Grund sich um alles zu kümmern, weil er der Schwiegersohn des Herrn Walker ist. Die Abgehängten griffen nun in ihrem Vexer zu dem allerfeinsten Mittel, sie gingen zum Stadtwachtmeister und benutzten uns, er solle gleich einmal ins „Goldene Kreuz“ gehen, dort fände eine Versammlung der Schuhmacher statt, die gar nicht angemeldet sei, wo der Agitator Bahrt aus Großhild sprechen würde. Der Herr Stadtwachtmeister mußte nun selbstverständlich dieser Aufforderung folgen, kam zu uns ins Kreuz und erlaubte sich, ob alles wahr sei, worauf wir ihm der Wahrheit gemäß erklärten, daß wir lediglich eine Besprechung hätten und Kollege Bahrt nur gerufen worden sei, um über verschiedene Fragen Auskunft zu geben, von einem Referat sei gar keine Rede. Der Stadtwachtmeister war vernünftig genug unsere Erklärung zu glauben und entfernte sich wieder. Er sah jedenfalls ein, daß er das Opfer einer infamen Niedertracht geworden war. Jeder Kommant hierzu ist überflüssig, denn das Wort: „Der größte Schuft im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant“ gilt auch hier. Es verdient weiter noch erwähnt zu werden, wer von den organisierten Leuten am Orte als Streikbrecher auftrat, es sind dies folgende: Vorrichter Wenzel Jönckstorf und Richard Alshenke, Durchwanderer Max Wippler, Maschinenarbeiter Aug. Keller, Bürger Alois Stangl, Hausmeister Wilhelm in Kleinmengen bei Gartha, Zweiter Emil Jungmann und Alfio Wolf, sowie ein Bruder des letzteren, Leonhardt Wolf, welcher zwar unorganisiert, aber schon vor früher her als Streikbrecher bekannt ist. Wie schon berichtet, wurden bei Aufstellung der Strafmassnahmen 5 Kollegen gemäßigert, die Firma sagte damals, sie brauche die Leute nicht, jetzt, wo die nun fort sind und die übrigen Kollegen sich durch ihre Organisations etwas höhere Löhne erkämpft haben, gibt die Firma die Maßregelung zu, denn sie hat in „Zweiwiger Angelegentlichkeit Ueberholer“, macht auch gleich den Lohnverlust bekannt, welchen sie jetzt zahlt, so daß man glauben möchte, sie besäße denselben freimüthig. Obwohl die Arbeiter gefragt haben, so wird es doch vielen auf indirektem Wege recht teuer gemacht, das Gerechtigkeit zu erhalten. Die Arbeiter und vor allem Dingen Herr Kellwagen stehen auf diesem Gebiete recht viel, das letzten Schlusswort ist immer: „Wem es nicht paßt, der geht eben“. Ein Teil der am Streik Beteiligten hat es deshalb vorgezogen, freimüthig zu gehen. Die auswärtigen Kollegen mögen es sich vorher erst rechtlich überlegen, ehe sie hierher kommen. Die Firma will jedenfalls erst genügend Ersatz herbeischaffen, um dann die unliebsten Elemente vollends aus ihrer Fabrik auszuwerfen und das jetzt Gerechtigkeit wieder illuvisch zu machen. Die Kollegen am Ort aber mögen aus diesem Streik eine Lehre ziehen, mögen eingedenk sein, daß nur durch festen Zusammenhalt in dem Verband bezügliche Erfolge möglich sind, denn von circa 80 Arbeitern

befanden sich nur 26 Kollegen im Auslande und doch mühten die Unternehmern die berechtigten Forderungen der Arbeiter anzuerkennen. Galtet auch ferner fest zur Organisation, damit ihr jederzeit bereit seid, gegen ungerechtfertigte Zumutungen der Unternehmern Front zu machen.

Neustadt L.-Schl. Am Sonnabend, den 31. Oktober tagte hier eine gutbesuchte öffentliche Schuhmacherverammlung mit der Tagesordnung: Die Lage der Schuhmacher und die modernen Gesellschaftskämpfe. Das Referat hatte Genosse Wehrlein aus Breslau. In eingehender Weise legte derselbe die schweren Kämpfe, welche die Organisation während des Sozialkämpfes durchgemacht hatte, klar und mit es die Organisation verbunden habe, sich zu erhalten und stets fortgeschritten sei, so daß der Verband dieses Jahr mit 25 000 Mitgliedern abblühte. Referat besprach die Lage der Schuhmacher sowie die Arbeitsarten in der Fabrik, Werksfall und Hausindustrie. Durch Statistiken bewies er, daß die Schuhmacher mit am schlechtesten entlohnt sind. Referat kam auf die obligatorische Kranken- und Arbeitslosenunterstützung zu sprechen und empfahl der Versammlung, dafür zu stimmen. Sabann gab es noch eine interessante Zusammenstellung über die Erfolge der freien Gewerkschaften, besonders bei Streiks und Ausperrungen, aus welcher jeder Arbeiter ersehen konnte, daß die Arbeitgeber mit unserer geschlossenen Organisation rechnen müssen. In bezug auf die kirchlichen Dunderschen und Christlichen Gewerkschaften legte Genosse Wehrlein klar dar, daß die letzteren nur eine Schutztruppe des Zentrums und die ersten der freisinnigen Volkspartei seien. (Beifall.) Nachdem der Vorsitzende den Kollegen aus Herz gelegt, daß ein jeder dafür sorgen müsse, die Fernschenden aufzurichten, nahm Genosse Wehrlein, das sich niemand in der Diskussion zum Wort meldete, das Schlusswort, in dem er die Kollegen aufforderte, fest und treu für die Organisation einzutreten. Mit einem dreifachen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung hatte die Versammlung um 11 Uhr ihr Ende erreicht.

Ottensien. Die Mitgliederversammlung am 2. November beschäftigte sich mit der obligatorischen Einführung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung. Kollege Schauburg, welcher das Referat übernommen hatte, führte in einem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag etwa folgendes aus: Als man sich vor etwa zwei Jahren ernstlich mit diesem Thema befaßt habe, sei viel von prinzipiellen Gegnern geredet worden, es sei nicht zu befechten, daß schon heute aus manchem Scaulus ein Paulus in dieser Frage geworden sei. Wenn er auch heute noch ein Gegner der obligatorischen Kranken- und Arbeitslosenunterstützung sei, so wäre er das aus rein praktischen Gründen. Der Referat ging dann auf die Situation der Mitglieder ein und um diese einzudämmen, seien viele die Freunde des Obligatoriums. Aus sehr geeignetem Material wies er nach, daß die in den Gewerkschaften, welche derartige Unterstützungen eingerichtet hätten, das Auf- und Abhalten der Mitglieder ebenso fast (?) sei als in unserer Organisation. Das man sich andersweitig von der Unterstützung in der Weise Vorteil verspreche, daß man den Arbeitslosen dadurch abhalte für niedrige Löhne zu arbeiten, daran täusche man sich. Er habe als Streikbrecher beim diesjährigen Schöharbeiterkrieg Erfahrungen gemacht, welche ihn von dieser Ansicht gründlich kurieren hätten. Wenn er sich anderseits die englischen und amerikanischen Gewerkschaften, welche sehr ausgedehnte Unterstützungsrichtungen getroffen hätten, vor Augen fahre, so müßte er konstatieren, daß die Solidarität der einen Gewerkschaft zu den andern auf sehr hohen Füßen lände, was er zum Teil auf derartige Unterstützungsrichtungen, welche den Wohlstand erhöhen, zurückführte. Da er die Ergründung einer gemeinsamen Arbeiterkassette als eine Hauptaufgabe einer Organisations betrachte, so habe ihn diese Ergründung, welche man lieber auch bei einigen gut luhnderen deutschen Gewerkschaften beobachten könne, sehr lehrreich befriedigt, so daß er vor derartigen Experimenten warnen müsse. In der besonders lebhaften Diskussion wurde scharf kritisiert, daß der Vorstand, nachdem man zwei Jahre versessen, seitdem die Angelegenheit durch eine Urabstimmung abgelenkt wurde, nach so kurzer Zeit wiederum eine solche vorgenommen habe, dies erwecke den Ansehen, als ob der Vorstand beabsichtigt, den Mitgliedern die obligatorische Kranken- und Arbeitslosenunterstützung um jeden Preis auszufoaktrolieren. Die folgende Resolution wurde mit großer Majorität angenommen: Die heutige Mitgliederversammlung wolle sich mit den Ausführungen des Kollegen Schauburg völlig einverstanden erklären, aber auf Entscheidung der Versammlung über die Diskussion über die obligatorische Einführung der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung im „Fachsblatt“ ergötzen wird.

Die Dinterer Kollegen schienen ganz verlegen zu haben, daß die letzte Generalversammlung den Vorstand beauftragt hat, eine solche Urabstimmung vorzunehmen. Die Beurteilung über „die Art“ der Diskussion im „Fachsblatt“ ist uns völlig unklar. Was soll damit gemeint sein? Es hat doch jedes Mitglied, der Vorstand und wohl auch die Redaktion das Recht, ihre Meinung zu vertreten. D. H.

Neustadt. In einer am 5. November abgehaltenen öffentlichen Schuhmacherverammlung referierte Kollege Kölle aus Nürnberg über das Thema: „Die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart und die Aufgaben der Gewerkschaftsorganisation“. Referat erläuterte an der Hand verschiedener Ausperrungen (Kassell, Jerslohn und Pirmasens) den Zweck und die Ziele der Unternehmervereinigungen, welche nur das eine im Schilde führen, nämlich die Vernichtung der Gewerkschaftsorganisationen. Besonders deren Presse arbeitete beständig darauf hin, die wirtschaftlichen Kassenangelegenheiten zu verschleiern. Deshalb ist eine starke Organisation nötig, um diesen jederzeit gerüstet gegenüber zu stehen. Dieses sei aber nur möglich, wenn die Organisation innerlich geehrt und ausgebaut würde. Referat kam sodann auf die obligatorische Einführung der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung zu sprechen und bestritt vorerle den Antrag des Vorstandes. Am Schlusse seines mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrages ermahnte Referat die Kollegen und Kolleginnen, nur da zu vertehen, wo sie ihre Interessen beraten können, und das ist in unserem Orte nur die „Wetlinghöfe“. In der darauffolgenden Diskussion beteiligten sich auch mehrere Mitglieder des Hirsch-Dunderschen Gewerkevereins. In erster Linie der Vorsitzende; derselbe diskutierte in nur sachlicher Weise mit unserem Referenten. Anders dagegen verhielt sich der schon aus früheren Versammlungen bekannte Kollege Bänisch, Schriftführer genannten Vereins. Derselbe gelangte für seine Gewerkschaft eine ganze zu brechen, indem er seine Genehmigung befandete, daß der beim Wöchentlichen Streik in Berlin tätige Genosse Cohn wegen Verbleibung zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt wurde. Auch ein Fall, der sich aber mit dem von jener Seite viel gebrauchten Worte Humanität schlecht vereinbaren läßt. Der Kollege Kölle machte jedoch diesem famolen Kollegen den Standpunkt geklärt klar, so daß er wahrheitsgemäß für die Zukunft andere Ansichten bekommen wird. Nach einer kurzen Ausprache über Fabrikantenschüsse wurde die Versammlung geschlossen.

Zullingen. In der Mitgliederversammlung am 7. November hand unter anderem auch die Einführung der obligatorischen Arbeitslosen- und Krankenunterstützung auf der Tagesordnung. In der ziemlich lebhaften Diskussion sprach sich der Kollege Kölle dahin aus, den leistungsfähigen Beitrag etwas zu erhöhen, aber nicht allzuhoch, auf 80 Pfg., und hierfür aber vorerst nur die Arbeitslosenversicherung einzuführen. Die Krankenunterstützung aber wie bisher statutarisch beizubehalten. Wir würden bei den Kollegen, die in den Krankenkassen doppelt versichert sind, mit der Einführung beider Unterstützungen auf Widerspruch stoßen. Referat ist der Ansicht, daß sich die Kollegen später eher dazu verstehen würden, beide Unterstützungsrichtungen einzuführen. Auch sollten die Unterstützungsbeiträge etwas erhöht werden, wegen der Unterstützungsbauser vermindert werden könnte. Kollege Kölle war dagegen der Meinung, daß beide Unterstützungsweize zu

gleich einzuführen seien, konnte sich aber mit der vom Zentralvorstand vorgeschlagenen Klaffenerteilung nicht befassen, da wir durch zu große Beitragssteigerung viele Kollegen verlieren würden, und viele Kollegen sich aber für die Einführung der Krankenversicherung entschließen würden, als für die Arbeitslosenversicherung, namentlich bei uns in Süddeutschland, da bei uns die Lohnarbeit nicht so vornehmlich ist. Weder führte die Metallarbeiter an, dieselben seien bei Einführung obiger Einrichtungen mit niedrigen Beiträgen ganz gut auskommen. Wenn die Unterhaltungssteuer etwas vermindert würde, ließe sich mit niedrigeren Beitragsleistungen auskommen. Der Kollege ist meiner der Meinung, daß wenn die Beiträge um etwa 10 Pf. erhöht würden, so ließe sich bis zu einer spätern Generalversammlung Material sammeln, das wir bis heute noch nicht haben und würden sich dann die Kollegen, wenn sie die gegenwärtige Einrichtung erprobt hätten, eher für eine höhere Beitragsleistung erwidern können. Die Ausführungen fanden die Sympathie der Kollegen, während der erstere Kollege mit seinen Ausführungen so ziemlich allein blieb.

Wahlheim. Am 1. November tagte im „Schweizerhof“ eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: 1. Die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart und die Aufgabe der Gewerkschaftsorganisationen; 2. Distriktskollekte. Kollege Rölle-Nürnberg referierte unter großem Beifall der Anwesenden über das Thema. Leider fehlte es die große Mehrzahl der Kollegen nicht für notwendig, zu diesem so hochwichtigen und der jetzigen Zeit entsprechenden Thema in der Versammlung sich einzufinden. Gatten doch ein Fabrikant und der hiesige Stadtschreiber (ein ehemaliger Schuhmacher) so viel Interesse, in der Versammlung zu erscheinen. Man hätte nun glauben sollen, daß der Herr Fabrikant in der Distriktskollekte vom Referenten vorgebrachten Mißstände zurückweisen würde, aber weil gefehlt, er zog es vielmehr vor, am nächsten Tage sein gesamtes Personal in der Fabrik zusammenzurufen und ihm dahingehend Vorwürfe zu machen, daß es keiner von seinen Arbeitern für notwendig gehalten habe, die vorgebrachten Mißstände von seiner Fabrik zurückzuweisen. — Zum Schluß wollen wir noch bemerken, daß die hiesigen Verhältnisse im allgemeinen keine rosen sind. Darum, Kollegen, macht auf aus eurer Harmoniebelei und beachte die Verhältnisse besser als bisher, denn es ist eines jeden Kollegen Pflicht, die uns noch fernstehenden bis auf den letzten Mann heranzuziehen.

Herr Schuhfabrikant A. Krajanter in Burg bei Magdeburg teilt uns mit, daß er wieder in Burg einen Laden eröffnet hat. „Gratulations für Schuhwärrer“, noch in Breslau eine Filiale hat. Wir entnehmen die Notiz der Tagespresse. In der letzten Nummer von „Schuh und Leder“ heißt es Krajanter's Gratulations (Breslau) etc. Es ist also eine Namensverwechslung, was wir hiermit gern berichtigten.

Der Stand des wirtschaftlichen Kampfes.

(Som 10. bis 16. November.)

Mit Empörung und Jörn haben die Arbeiter Kenntnis genommen von der Art und Weise, wie in verschiedenen Orten die Behörden (Polizei in erster Linie) sich als Beschützer der Streikbrecher gerieren. In Bremen war das besonders toll. Weil dort die Streikmühlerarbeiter freilich, verhoffte sich die Firma (Küttner) Streikbrecher von dem Hof für Ebbwache! Und zwar mit Hilfe der Polizei, die eben Arbeitslosen, der sich weigerte, Streikbrecher zu werden, andrücken, wegen Arbeitslos zu verhaften! Daraufhin erhielt die Firma 42 Streikbrecher unter großen Schuhmacherschutz zugesichert. Sollen ist der innige Kanner, der Polizei und Unternehmer verbietet, unverzüglich zu Tage treten als hier! Die Arbeiter ziehen daraus wertvolle Lehren. Am 15. d. M. trat sich in Schillerbach i. B. zu, alwo die Streikarbeiter der fälschlichen Steingutfabrik freilich. Die Ordnungen führen dort der Fabrik Streikbrecher zu und als das nicht half, brachte die Firma es fertig, ihre sämtlichen alten

Beute aus der Pensionskasse hinauszumerfen und ihnen die Darlehen plötzlich zu kündigen! Zur Aufrechterung der Arbeiter trägt ein solches Vergehen mehr bei als hundert „Sprecher“. Auch sonst war die Woche reich an gewerkschaftlichen Ereignissen. Vor allem ist ein fieses Fortschreiten der Tarifbewegung erkennbar. So errangen damit die Schiffer in Berlin mancherlei Vorteile, daß sie mit den Arbeitgeber einen Tarif auf drei Jahre schlossen. Danach ist ihnen garantiert eine neunmonatige Arbeitszeit, ein Mindestlohn von 40 Pf. pro Stunde und eine annehmbarer Regelung des Altersrentens. — Ebenso gingen die Maurer in Schleswig einen Tarifvertrag ein, monach es erhalten: Stundenlohn 48 Pf. (bisher 45), Zuschlag für Ueberstunden, Abschaffung des Altersrentens usw.

Bei den Buchbindern trübten sich jedoch die Arbeitgeber immer noch den Tarifabmachungen. In Hamburg zwar haben die meisten Fabriken bemilligt. In Frankfurt a. M., Breslau, Darmstadt und Bremen ist jedoch noch die Bewegung im vollen Gange.

An sonstigen Streits sind noch bemerkenswert: Die Konditionen kämpfen in München für Abschaffung des Kopf- und Logisrentens, Mindestlohn von 18, 21 und 24 M. und 68 fündige Arbeitszeit. — In Nürnberg a. S. 100 Steinbrucharbeiter wegen pflanzlicher Vorkürzung. — In Königsberg die Hafenarbeiter weil die Unternehmer trotz Ehrensword den Schiedsbereich des Einigungsamtes nicht anerkennen wollen.

Die Löhner Deutschlands sollen einem Schanzmacherschluß zufolge ausgeperrt werden, weil der Streik in Belien noch nicht beendet ist. In Weihen hat man am Sonnabend, den 14. November mit 600 Mann den Anfang gemacht. Ebenso in Herzfelde bei Straubing. Natürlich ist das kein Zerortismus!

Um ihre Löhne aufzubehalten, schickten die fälschlichen Arbeiter in Hamburg eine mit 8000 Unterschriften versehene Petition an die Behörden.

Die Metallarbeiter gehen schweren Zeiten entgegen, die „Kühnenmänner“ planen einen großen Streik gegen die weitere Verringerung der Arbeitszeit im Metallgewerbe. Das beste Mittel zur Stärkung der Arbeiterorganisationen. In Magdeburg und Berlin wurden bereits Arbeiter gemahregelt, nur weil sie am 12. November ihr Wahlrecht ausübten.

Verein deutscher Schuhmacher.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Den Zahlstellen Wähhheim a. M. und Heilbronn wurde auf ihren Antrag vom Vorstand gemäß § 5. Abs. 8 des Statuts die Genehmigung erteilt, von jedem Mitglied pro Woche eine Gratifikation von 5 Pf. zu erheben.

Desgleichen wurde den Zahlstellen Fürstenuwale und Jena die Genehmigung zur Erhebung einer Gratifikation von 10 Pf. pro Monat und Mitglied erteilt.

Die Mitglieder dieser Zahlstellen machen mir darauf aufmerksam, daß die Rückzahlung dieser Gratifikation die Folgen des § 8. Abs. 1 nach sich ziehen.

Nachstehend als verloren gemeldete Mitgliedsbücher werden hiermit für ungültig erklärt: A. Nr. 15 984, Otto Berger, geb. den 14. Septbr. 1868 in Berlin; B. Nr. 4381, Johannes Kaufner, geb. den 16. Juni 1869 in Aich, eingetr. am 19. Oktober 1897 in Stuttgart.

Kürzweg, den 14. November 1908.

Der Vorstand.

Vereinsnachrichten.

Messene i. E. Der 2. Vor. Louis Gahler wohnt jetzt Zwickauerstraße 45, Lagerhalter im Konsumverein „Hausfall“, derselbe zählt die Mitgliedschaftung früh von 8 Uhr bis abends um 8 Uhr aus.

Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen

finden statt in

- Altona am Montag, den 28. Novbr. abends 9 Uhr im Lokal des Herrn Geit, Al. Freiheit 87.
- Barmbeck am Mittwoch, den 25. Novbr. abends 8 1/2 Uhr bei Herrn A. Michel, Hamburgerstr. 161.
- Bremervorstadt am Montag, den 28. Novbr. abends 8 1/2 Uhr im Lokal des Herrn Behrens, Vangerstraße 14.
- Bielefeld am Montag, den 28. November, abends 7 Uhr in der „Zentralhalle“, Kaiser-Wilhelmplatz.
- Braunschweig am Montag, den 28. Nov., abends 1/2 9 Uhr im „Gewerkschaftshaus“, Werber 32.
- Gilbeshelm am Montag, den 28. Novbr. abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Gosenstr. 28.
- Karlruhe am Montag, den 28. Novbr. abends 8 1/2 Uhr im Lokal zum „Jahlinger Bienen“.
- Luda am Sonnabend, den 21. Novbr. abends 8 Uhr im Vereinslokal.
- Magdeburg am Montag, den 28. Novbr. abends 8 1/2 Uhr im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke 38.
- Münberg am Montag, den 28. Novbr. abends 1/2 9 Uhr im „Goldenen Wägel“, Büchsenmännplatz.
- Düsseldorf am Montag, den 28. November, abends 1/2 9 Uhr im „Deutschen Haus“, Fachsenstr. 31.
- Dittensen am Montag, den 28. November, abends 8 1/2 Uhr bei Hänge, G. Rainstr. 21.
- Regensburg am Montag, den 28. Novbr. abends 8 Uhr im Lokal zum „goldenen Ritter“.
- Schönberg am Montag, den 28. Novbr. abends 8 1/2 Uhr bei Herrn Krüger, Grünwäldstr. 110.
- Straubing am Sonnabend, den 28. Novbr. abends 8 1/2 Uhr bei Herrn Franz Roganus, Wilhelmstr.
- Rixdorf am Dienstag, den 24. Novbr. abends 9 Uhr im Lokal von E. v. Witzel, Remigiusstr. 17.
- Wiesbaden am Montag, den 22. Novbr. abends 8 1/2 Uhr bei Herrn Feinmeyer, „Zum H. Weinsäcker“, Hermannstr. 6.
- Wittenau am Sonnabend, den 21. Novbr. abends 8 1/2 Uhr bei Herrn Lorenz Wittenau.

Öffentliche Versammlungen.

Wiesbaden am Montag, den 28. Novbr. abends 7 1/2 Uhr in der „Deutschen Eiche“, Gültenstr.

Filiale München I.

Sonnabend, den 28. November, abends 8 Uhr im „Dall Heim“, Frauenplatz.

Mitgliederversammlung.

am Montag, den 28. November, abends 8 Uhr im Lokal des Herrn Geit, Al. Freiheit 87.

Die besten Rasiermesser der Welt liefert Stahlwarenfabrik **Saám & Co., Foche** Nr. 206 bei Solingen.



Zur Probe. 5 Jahre Garantie. Nachnahme oder Cassa vorher. Messer aus Stahl-Rasiermesser in drei Größen. — In Diamantstahl in Preis Mk. 2.—. — Prima Haarschneidmesser in drei Größen. — In Messer, Scheren, Nadeln, Werkzeugen, Sägen, Leder-, Gold-, Nickel- und Drahtwaren etc. etc. unversetzt und frei.

Einkaufsgenossenschaft Schuhmachergehilfen

Frankfurt a. M. und Umgebung, Grabengasse 10 pt.
Lager familiärer Schuhmacher-Bedarfsartikel.
Prima Werkzeuge (Alleinvertauf von Stillor-Berlin und Vertreibung von Hochbed-Köln und Brinmann-Gilbefeld).
Gust. Garweg'schen verteilbare Holzstößel, und Ziehklänge.
Chromoline in jeder Farbe zum Handanputz.
Prima Sohlleder-Ausgang.
Die Kollegen werden ersucht, ihren Bedarf nur hier zu beden. Der Vorstand.
NB. Auszahlung der Reueunterstützung, Anstunft und Rat in allen Verbandsangelegenheiten, Arbeitsvermittlung.

Gustav Garweg,

Königsdorf (Rheinland)
(Große silberne Medaille Hamburg 1903)

Spezialität: **Verteilbare Holzstößel** mit zwei verteilbaren doppeltten Schlagflächen. Beste und zweckmäßigste der Gegenwart.
Ziehklänge in bester Qualität.



1/2 natürliches Größe

Die Artikel enthalten meinen vollen Namen. Bitte keine Nachabmachungen anzufahren.

Schuhmacher

auf erste Damenarbeit und leichte Herren-Bedarfsartikel.
höflich geehrt. Erster Lohnnachh. Logischarbeit.
J. Reibhardt, Gilbefeld, All 4.

Tüchtige Schuhmacher,

welche auch portier Wärrer, zur Erneuerung meiner mechanischen Schuh-Verholungsart gelüht.
G. Straußbach, Duisburg a. Rh.

Aufruf

an die deutsche Arbeiterschaft!

Ein heiser Kampf zwischen Arbeit und Kapital löst innerhalb der Mauern der Stadt Grimmitzschau. 8000 Textilarbeiter ringen verzweifelt gegen eine handvoll reicher Kapitalisten um den Jehnftundentag. 12 lange Wochen standen die Textilarbeiter mit langen Unterführungen von 4, 6 und 8 Ml. pro Woche. Heis-trogend den Lockungen der Unternehmer Schüller an Schüller gegen ein brutal kämpfendes Unternehmertum. Mit allen Mitteln arbeitete der Feind. Alle Mächte haben sich vereinigt gegen die um Befreiung ihrer Lebenslage kämpfenden Textilarbeiter.

Arbeiter Deutschlands, unterstütz finanziell die Grimmitzschauer Preisfechter um den Jehnftundentag. Wo immer Preisfechter im Kampfe gefanden, da hat Grimmitzschau reichlich gegeben. Mögen Deutschlands organisierte Arbeiter dessen eingedenk sein und beweisen, daß das Wort Solidariät kein leeres ist.

Werbet, agitiert, spendet für die kämpfenden Arbeiter in Grimmitzschau!

Gelder sind zu senden an Georg Treue, Berlin O., Kronprinzenstraße 7.

Die Lohnkommission der kämpfenden Textilarbeiter.

Aufforderung.

Die Kollegen werden ersucht, die Adresse des Schuhmachers-gehilfen **Edward Polzin**, geb. am 3. September 1865 in Karschauer-Door, Kreis Karlsruh, der Redaktion d. Bl. einzusenden.

Bekanntmachung.

Wegen restierender Beiträge wurden von der Zahlstelle Zusenhausen ausgeschlossen: Herr Vol. Breg, eingetr. in Pirmaens; Christiane Breg, geborene Schreyer, eingetr. in Zusenhausen.

Die Ortsverwaltung Zusenhausen.

Zur Beachtung.

Die auf Beschluß der Generalversammlung vom 19. Oktober vorgenommene Urabstimmung über die obligatorische Einführung des Sozialfondsbeitrages von 10 Pf. pro Woche ergab 682 Stimmen für und 208 Stimmen gegen die obligatorische Einführung und 10 Stimmen waren ungültig. Da nach dem Veranlassungs-beschluß eine Zweidrittel-Majorität erforderlich war, ist mit großer Majorität die obligatorische Einführung des Sozialfonds beschloffen.

Die Ortsverwaltung Berlin.

Bekanntmachung.

Wegen restierender Beiträge mußten folgende Mitglieder ausgeschlossen werden: Herr Wolf, B. Nr. 27888, S. Schmitz 27840, Fritz Neumann 27841, Herr Feld 27848, Aug. Hartwig 6186, Herr Wigger 310, Heinrich Schütz 80925, W. Sichel 10616, Joh. Jaffe 829, D. Helbert 10588, S. Schilling 10682, August Garmes 10685, Paul Filler 41886, S. Bremer 46567.

Die Ortsverwaltung Littenen.

Bekanntmachung

Wegen restierender Beiträge wurden ausgeschlossen: S. Fren, B. Nr. 28828 und Josef Simon, 83755.

Die Ortsverwaltung Landau.

Briefkasten.

N. II. Ludwigshafen. 1.— M.

Wegen Raumangel mußten mehrere Einsendungen zur nächsten Nummer zurückgestellt werden.

Werkzeuge, prima Qualität, für Hand- und mechanischen Betrieb.

Spezialität: **Schwedische Messer**, versch. Facetten, **kleinige Niederlage** Schwedische Werkzeugen.
E. Vögtle, Berlin N. 54, Kolpingstr. 22.
Baugleiches Mitglied des Vereins d. Schuhmacher.
Man verlange neues Musterbuch nebst Preisliste gratis und franco.

Ganze Jahrgänge „Fachzeitschrift“

1899, 1900, 1901 und 1902 der Jahrgang Nr. 3., elegant gebunden M. 4.—
Verlag der „Fachzeitschrift“.

Spezialgeschäft für handgerichtete Werkzeuge

sowie mein Lager in sämtlichen Sorten Schuhmacher-
Werkzeug wie Zetteln, Holz- und Oberleder zu billigen Preisen.
Karl Nickel, Lederhandlung,
Frankfurt a. M., Reugasse 24.

Unserm langjährigen Mitglied und Kassierer, dem Kollegen **Julius Gelling** und seiner Frau, dem Fräulein **Gemma Lange** zu ihrer am Sonnabend, den 21. November stattfindenden grünen Hochzeit die herzlichste Gratulation.

Die dankigen Seelen der Zahlstelle Ludwigshafen.

Unserm Kollegen **August Feih** zu seinem 32. Geburtstag die besten Glückwünsche.

Die dankigen Seelen der Zahlstelle Ludwigshafen.